

Viele Wege führen zur Wahlurne: Jungwähler können im Internet spielerisch Politik machen – Mit dem richtigen Kreuz zum Happy End

Dann mach' doch selbst die Kanzlerin!

Sabrina Radeck

Dortmund. Endlich kommt etwas Stimmung in die müde Wahlkampfzettel. In pinken Lettern prangt ein frischer Name auf einem überdimensionalen Banner, das das Brandenburger Tor verhüllt: „An Radeck kommt keiner vorbei!“ Wahnsinn – das bin ich, die neue Kanzlerkandidatin. Bei der Sonntagsfrage schneidet meine Partei mit satten 48 Prozent ab: „Das würde für die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag ausreichen“, prophezeit Fernsehmoderator Jörg Schönborn. Ich bin zwar auf dem Titelblatt der Zeitungen, habe aber noch überhaupt keinen Plan, wie ich unserem Land aus der Krise helfen soll.

Zum Glück ist das alles nur eine interaktive und sehr kreative Aufforderung des Radiosenders Einslive an die jungen Wähler, am Sonntag ihre Stimme abzugeben. Ich muss als vermeintliche Spitzenkandidatin also keine Wahlparty schmeißen.

»Politik muss Menschen dort abholen, wo sie sich aufhalten«

Erst- und Jungwähler für Politik und die Wahl zu begeistern, fordert im Online-Zeitalter andere Wege als Politiker mit Kabelbindern an Laternenpfähle zu ketten oder als Kürbis verkleidet in der Fußgängerzone zu tanzen (wirklich passiert am 21. September in der Dortmunder Fußgängerzone). „Die Menschen kommen nicht zur Politik, sondern die Politik muss die Menschen dort abholen, wo sie sich aufhalten“, sagt Thorsten Faas, Wahlforscher der Universität Mannheim. Neben den Bemühungen der Parteien um die junge Wählerschaft im Internet (WR vom 22. September), setzen auch die Medien für die Jugend andere Mittel ein, wie das Einslive-Beispiel zeigt. Denn immerhin nutzen 50 Prozent der Jugendlichen im Alter von zwölf bis 19 Jahren laut der Jugendmeidenstudie 2009 das Internet als wichtigste Informationsquelle.

Von den 62,2 Millionen Bürgern, die bundesweit wahlberechtigt sind, dürfen 3,5 Millionen zum ersten Mal wählen, für Nordrhein-Westfalen sind



Interaktives Spiel, bei dem die WR-Volontärin Sabrina Radeck vor Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier führt. Die Prognose (Bild) beweist es scheinbar.

WR-Foto: Franz Luchte

es rund 748 000 Erstwahlberechtigte. Zu den Jungwählern könne man aber großzügig alle Unter-30-Jährigen fassen, so Wissenschaftler Faas. Das sind insgesamt 10,2 Millionen Menschen. Zum Vergleich: Die 40- bis 49-Jährigen, die Babyboomer-Generation, stellt allein schon 12,8 Millionen Wähler, mehr als 20 Prozent.

Die vielbeschworene Politikverdrossenheit oder Wahlmüdigkeit der Jungwähler scheint es nicht zu geben: Laut Medienstudie 2009 interessieren sich 61 Prozent der befragten 18- und 19-Jährigen für die Wahl, 28 Prozent signalisieren sogar großes Interesse. Diese positiven Zahlen sagen aber nichts über die tatsächliche Wahlbeteiligung aus. Bei der letzten Bundestagswahl 2005 machten nur 70 Prozent der Erstwahlberechtigten ihr Kreuz (Wahlbeteiligung insgesamt: 78 Prozent), in der Gruppe der 21- bis 25-Jährigen blieb sogar jeder Dritte zu Hause. „Diese niedrige Wahlbeteiligung bei den jungen

Menschen ist ein alter Hut, das war selbst in den 1970ern so“, erklärt Faas. Auch der sogenannte „Jungwählersprung“, die Erstwähler lassen sich mehr für die Wahl begeistern als die anderen Jungwähler, sei üblich. Mit dem Alter steigt die Wahlbeteiligung, „man muss in die Staatsbürgerrolle erst hineinwachsen“, so Faas.

Die Parteien nutzen das Internet als Potenzial noch viel zu wenig, sagt Wahlforscher

Thorsten Faas. In den sozialen Netzwerken sind sie zwar präsent, aber wenig interaktiv.

Ganz anders wirkt da die wohl erste „Wahl-Soap“ Deutschlands mit dem tragenden Titel „Zeit der Entscheidung“. In vier Folgen werden mal eben die Parteiprogramme von CDU, SPD, FDP, den Grünen und der Linken in 16 politischen Fragen abgehandelt, natürlich gespickt mit Herzscherz, Ungerechtig-

keiten und harten Schicksalen. Alles spielt sich im Café Terzio ab: So fiebert man etwa mit Besitzer Rick, der mit der Insolvenz kämpft und ist gespannt, ob das Homo-Paar Thorsten und Helge eine Lebenspartnerschaft eingehen oder richtig heiraten dürfen. Das hängt freilich vom politischen Umgang mit diesen Themen ab. Am Ende jeder Folge kann der Internetnutzer die Fortsetzung selbst wählen, indem er sich für eine Partei entscheidet. Mit der CDU feiern Thorsten und Helge zwar ihre Lebenspartnerschaft. Weil es keine steuerlichen Vorteile für sie gibt, fallen die Flitterwochen aber spärlich aus. Klickt man das Kreuz bei SPD, sieht man die beiden einen teuren Urlaub genießen. Sie sind rechtlich verheiratet und steuerlich dem Ehepaar gleich gestellt. Dafür trauert Helge seiner finanziellen Unabhängigkeit hinterher. Bisher ist die Soap 760 000 Mal im Internet aufgerufen worden. „Wir hoffen, bis Sonntag die Millionen-grenze zu knacken“, sagt Axel

Schüler-Bredt von der Agentur Nordpol. Sie hat die Idee als Wahlinitiative entwickelt. Wahlforscher Faas bewertet solche Formate als „Erstkontakt für Nichtinteressierte“ grundsätzlich positiv. Um sich tiefergehend zu informieren, sei das Spielerische jedoch nicht ganz ausreichend.

www.zeit-der-entscheidung.de; www.einslive.de

INFO

SPD knapp in Führung

■ Bei der zweiten bundesweiten U18-Wahl am vergangenen Freitag konnten Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wählen. Etwa 127 000 beteiligten sich. Die Zahl der jungen Wähler hat sich im Vergleich zu 2005 mehr als verdoppelt.

■ Die SPD (20,45 Prozent) siegte knapp vor Grünen (20 Prozent) und Union (19,35 Prozent).

Gewerkschaft fordert Ende der ungleichen Bezahlung

Diakonie-Mitarbeiter streiken für mehr Lohn

Bielefeld. Mit Protestaktionen und Streiks haben Mitarbeiter der Diakonie gestern in Bielefeld eine bessere Bezahlung gefordert.

Auf dem Marsch vom Evangelischen Johanneswerk in die Bielefelder Innenstadt, an dem rund 80 Menschen teilnahmen, wurde ein Sarg mit dem Symbol der Diakonie getragen. Die Mitarbeiter kritisierten, dass die Löhne bei dem evangelischen Wohlfahrtsverband unter der in der Branche üblichen Bezahlung lägen. Die Aktion ist Teil der bundesweiten Protestveranstaltungen, zu der die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi aufgerufen hat.

Bis Freitag sind an acht Einrichtungen in vier Bundesländern Streikaktionen geplant.

landesredaktion@westfaelische-rundschau.de

Verdi hatte die Mitarbeiter des bundesweit größten Evangelischen Krankenhauses in Bielefeld zum Streik aufgerufen. Das Krankenhaus wird gemeinsam vom Evangelischen Johanneswerk und von den von Bodelschwingh'schen Anstalten Bethel betrieben.

Unterschied macht 400 Euro aus

Jens Ortmann, Mitglied in der Bundestarifkommission Diakonie der Gewerkschaft Verdi, kritisierte Gehaltsunterschiede trotz gleicher Arbeit. Die Beschäftigten des Diakonischen Werkes bekommen demnach bis zu 400 Euro weniger als die Beschäftigten, die nach dem Bundesangestelltentarif, kirchliche Fassung, entlohnt werden.

Die Gewerkschaft Verdi fordert eine Erhöhung um acht Prozent.

Ursache des Unfalls mit fünf Todesopfern nach wie vor unklar – Leichen noch nicht obduziert

Bus raste mit Tempo 80 in die Tiefe

Sabine Meuter

Radevormwald. Der Unglücksbus raste mit Tempo 80 ins Verderben, so viel ist nach dem folgenschweren Unfall mit fünf Toten sicher; nach wie vor gibt es aber keinen Hinweis auf die Unglücksursache.

Mit Ergebnissen der Obduktion der Leiche des 45-jährigen Busfahrers kann nach Angaben einer Polizeisprecherin erst am Donnerstag gerechnet werden. Die Ermittler erhoffen sich von der gerichtsmedizinischen Untersuchung Erkenntnisse, ob der Mann möglicherweise einen Schwäche- oder Herzanfall erlitt.

Der etwa ein Jahr alte Liniensbus hatte am Dienstag zunächst etwa 400 Meter vor der Unfallstelle an einer Haltestelle angehalten. Als er wieder anfuhr, wurde er auf abschüssiger Strecke sehr schnell. In einer Kurve kam er dann von der Fahrbahn ab, durchbrach mit rund 80 Stundenkilome-

tern die Leitplanke und stürzte eine etwa 20 Meter tiefe Böschung in das Flussbett der Wupper hinunter. Bremsspuren waren auf der Strecke zu-

nächst nicht festzustellen.

Den Verletzten gehe es etwas besser, sagte eine Polizeisprecherin. Eine schwer verletzte Frau befindet sich inzwi-

schon nicht mehr in Lebensgefahr. Für die Opfer des Busunglücks soll es Freitag, 18 Uhr, eine ökumenische Trauerfeier geben. ddp



Erst am Dienstagabend konnten die Helfer den Bus aus dem Bett der Wupper bergen. Nach Bekanntwerden des Unfalls war ein Großeinsatz ausgelöst worden.

Foto: Jürgen Schwarz/Getty Images

Polizei trennt aggressive Fans mit Pfefferspray

Bochum. Kein Derby ohne Randalere: Nach dem DFB-Pokalspiel Bochum gegen Schalke sind gleich an mehreren Stellen im Revier Problemfans beider Mannschaften aneinandergerast. Im Bochumer Hauptbahnhof sprachen Einsatzkräfte der Bundespolizei 138 Platzverweise aus, um Übergriffe auf friedliche Fans und Reisende zu verhindern. Dabei griff ein 21-jähriger Mann aus Bautzen einen Diensthundeführer der Polizei an. „Der äußerst aggressive Fußballfan wurde festgenommen“, erklärte ein Sprecher der Bundespolizei.

In der Stadt musste die Polizei an einer Kreuzung Pfefferspray einsetzen, um 60 Schalcker und 30 VfL-Fans zu trennen. Ein Beamer und zwei Schalcker wurden leicht verletzt. In der Nähe des Bahnhofs hielten Einsatzkräfte eine radikale Gruppe Bochumer Risikofans davon ab, gleichgesinnte Schalcker anzugreifen. Unterstützung erhielten die Bochumer Anhänger von einem polizeibekanntem Dortmunder Risikofan. Auch im Wanne-Eickeler Hauptbahnhof gab es Randalere. WR

Das Land lebt von vielen Zuwanderern

Hagen/Düsseldorf. Fast ein Viertel der Einwohner Nordrhein-Westfalens hat ausländische Wurzeln. Ende 2008 lebten hier rund 4,16 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, wie das Statistische Landesamt gestern in Düsseldorf bekanntgab.

Das seien neben den etwa 1,91 Millionen Ausländern weitere 2,25 Millionen deutsche Staatsbürger, die selbst oder deren Eltern seit 1950 aus dem Ausland eingewandert sind. Die meisten Personen mit Zuwanderungsgeschichte leben nach den Angaben in Hagen, wo ihr Anteil 34 Prozent beträgt, gefolgt von den beiden kreisfreien Städten Solingen (32,4 Prozent) und Remscheid (32,2) im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Die niedrigsten Anteile ermittelten die Statistiker für die Kreise Euskirchen (13,8 Prozent), Wesel (11,9) am Niederrhein und Coesfeld (7,8) im Münsterland. kna

70 Tonnen Gen-Leinsamen sichergestellt

Düsseldorf. Rund 70 Tonnen Backmischungen und sonstige Waren mit in Deutschland nicht zugelassenem genmanipuliertem Leinsamen aus Kanada sind in Nordrhein-Westfalen sichergestellt worden. Das bestätigte gestern das Verbraucherschutzministerium in Düsseldorf. Gesundheitsgefährdend sei der Gen-Leinsamen „nach ersten Erkenntnissen“ jedoch nicht.

Bereits Anfang September hat es demnach eine Warnung an alle Bundesländer gegeben, dass die hauptsächlich über den Bäckereigrößhandel verteilte verbotene Saat in Deutschland im Umlauf sei. Andere Bundesländer hatten die Öffentlichkeit längst über den Fall informiert. In der EU besteht keine Zulassung für gentechnisch veränderten Leinsamen. Das Ministerium kann demnach nicht ausschließen, dass Gen-Leinsamen etwa als Backmischung verkauft wurde. WR